

Teil II

Psychologie als Wissenschafts- und Referenzdisziplin im Kalten Krieg: Die Perspektive der DDR

Die strukturelle Einbettung der Psychologie innerhalb der staatlichen Organisation der DDR

Im vorliegenden Kapitel dieses Buches wird zunächst eine Orientierung gegeben, welche Einflüsse in der staatlichen Organisation auf die akademische Psychologie bestanden und welche Ministerien ein Interesse an psychologischem Fachwissen hatten.

Die Rolle und Bedeutung der Psychologie in der DDR nahm unter der SED-Diktatur eine zweigesichtige Stellung ein: Als akademische Disziplin führte sie an vier Universitäten mit einem Diplom-Studiengang zum Berufstitel »Diplompsychologe«⁵, zu dem jeweils noch ein fachbezogener Titel als Fachpsychologe/Fachpsychologin erworben werden konnte. Dieser Diplom-Titel unterschied sich jedoch inhaltlich und von der ideologischen Ausrichtung der Wissenschaften allgemein in der DDR vom Diplom-Titel in der damaligen Bundesrepublik Deutschland bzw. gegenüber seiner Erstfassung unter nationalsozialistischer Grundausrichtung von 1941 (vgl. hierzu Gundlach, 2013). Außerdem existierten in der DDR Fernstudiengänge in Psychologie:

»Wie in den meisten sozialistischen Ländern wurde auch in der DDR ein differenziertes Fernstudium an vielen Fach- und Hochschulen aufgebaut. Durch Fernstudien sollte das Qualifikationsniveau verbessert werden, ohne daß die Studierenden ihre Berufstätigkeit längere Zeit unterbrechen mußten. Außerdem wurde den Berufstätigen in ländlichen, hochschulfernen Regionen ein Studium erleichtert« (Siebert, 1998, S. 331).

Und »auch im Fernstudium war die politisch-ideologische Qualifizierung obligatorisch« (Siebert, 1998, S. 332). »Auf der V. Hochschulkonferenz der DDR 1980 wurde die Gleichrangigkeit der Weiterbildung mit

⁵ Damals gab es noch keine gendergerechte Schreibweise, daher hier als Originaltitel in der maskulinen Version übernommen.

der universitären Forschung und Ausbildung festgelegt« (Siebert, 1998, S. 332). Insgesamt wurde bei diesen Bestrebungen – auch unter Berücksichtigung der vermittelnden Institutionen wie der Gesellschaft »Urania« (vgl. Möhle, 1986, S. 15–17) – eine »Popularisierung von Wissenschaft« (Siebert, 1998, S. 328) festgestellt, die mit Propaganda-Aufgaben verstärkt seit dem Mauerbau 1961 vermischt wurde (Siebert, 1998, S. 329).

Ganz allgemein wurden für die Konzeption der Fernstudienlehrgänge die internationalen Bedingungen von UNESCO und akademischen Fachgesellschaften erfüllt sowie auch psychologische Erkenntnisse über das Lernverhalten Erwachsener ganz allgemein mit zugrunde gelegt (Möhle, 1986, S. 19; vgl. auch Siebert, 1998, S. 332). Für die 1980er Jahre nannte Möhle insgesamt 170 Fernstudienlehrgänge (Möhle, 1986, S. 13). Zu diesen gehörten auch psychologische Fernstudiengänge mit eigenem Studienplan.

Abbildung 1 verdeutlicht den Aufbau des Bildungssystems in der DDR für den innerhalb wie auch außerhalb der DDR bekannten Status an Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen.

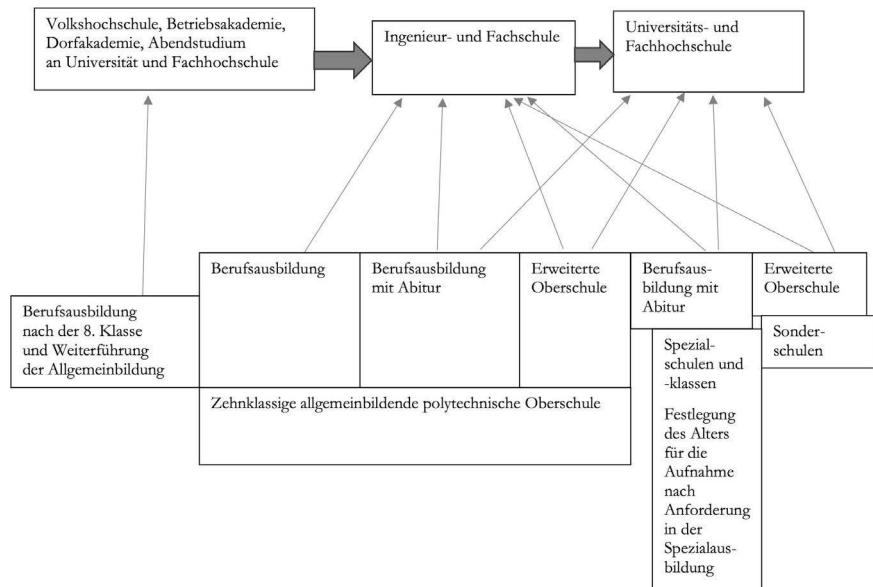


Abbildung 1: Zugänge zur Berufs- und akademischen Bildung im Bildungssystem der DDR (Schaubild in Anlehnung an BArch KO B138/42728, Blatt-Ziffer BW 202)

Die in der Abbildung 1 dargestellten Zugänge zu beruflichen und akademischen Bildungsinhalten und Bildungswegen sagen noch nichts über die Zugriffe der staatlichen Institutionen der DDR auf einzelne Disziplinen aus. Für die Psychologie ließen sich im BMBF-Teilprojekt für den Untersuchungszeitraum 2019 bis 2022 Interessenlagen und Archivalien aus folgenden Ministerien nachweisen: Zu allererst ist für die akademische Psychologie das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen bzw. das daraus entstandene Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen zu nennen, daneben aber auch das Ministerium für Volksbildung und im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums der Justiz zum einen die Generalstaatsanwaltschaft, zum anderen aber auch das Ministerium für Staatssicherheit. In Teil IV ist zu den Interessen und Verwertungsabsichten dieser verschiedenen Ministerien Näheres beschrieben.

Studienpläne, das Berufsbild für Diplompsychologen (Wissenschaftlicher Beirat für Psychologie, 1960b) und der zugehörige Studienplan (Wissenschaftlicher Beirat für Psychologie, 1960a) sind im Rahmen des BMBF-Teilprojektes in Zusammenarbeit mit dem Archiv der TU Dresden als Digitalisate zur Verfügung gestellt worden⁶. Im Anhang dieses Buches ist eine Übersicht über die Internet-Links zu den betreffenden Dokumenten und weiteren Digitalisierungen aus dem Förderzeitraum 2019 bis 2022/23 gegeben.

Im Bereich der geheim gehaltenen Einrichtungen, wie der JHS des MfS in Potsdam-Eiche/Golm, wurden rechtswissenschaftliche Direktstudienänge und ebenfalls ab 1960 Fernstudienlehrgänge eingerichtet (Universität Potsdam, 2020a): »Die Studiengänge der JHS schlossen sowohl im Direkt- als auch im Fernstudium mit einem rechtswissenschaftlichen Diplom ab. Somit war die Ausbildung in Eiche formell einem rechtswissenschaftlichen Studium einer anderen DDR-Hochschule gleichgestellt« (Universität Potsdam, 2020b). Innerhalb dieser gab es eine weitere, anders gelagerte, konkret: geheimdienstlich verwertbare Perspektive auf die Psychologie: Ausgewählte psychologische Inhalte wurden in Manuskripten und Lehrveranstaltungen für Mitarbeitende des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. für die Bewältigung von Aufgaben und Zielsetzungen des Ministeriums für Staatssicherheit genutzt und – anders als es die akademische Zielsetzung vorsah – auch »gegen Menschen« (Feindt & Trampe, 1992,

6 An dieser Stelle danke ich nochmals sehr herzlich Frau Angela Buchwald für die unkomplizierte und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Minute 3:55 bis 4:01), das heißt DDR-Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Die Verwertung psychologischer Inhalte in Manuskripten und Archivalien aus den verschiedenen Jahrzehnten des MfS, wie es bereits zuvor schon benannt wurde, reicht zu Aspekten der »Psychologischen Kriegsführung« hinüber, wie sie von der DDR ausgehend von der Bundesrepublik Deutschland eingeschätzt wurde. Hierum soll es im folgenden Kapitel gehen.

»Psychologische Kriegsführung«

Wenn im folgenden Kapitel von »Psychologischer Kriegsführung« die Rede ist, so knüpft dies an den – um das Genitiv-S bereinigten – Begriff des DDR-Historikers Zazworka (1961, 1962 an)⁷. Diese Form der »Kriegsführung« wurde der BRD zugeschrieben und wird im Folgenden vorgestellt, da diese politische Überzeugung sich wie ein Schlüssel zum Verständnis der psychologischen Verwertungen in der DDR erkennen lässt.

Zunächst aber soll der historische Hintergrund umrissen werden, vor dem die Überzeugungen und Konsequenzen auf eine Psychologische Kriegsführung der BRD in der DDR entstanden, da sie eng mit den Schutzfunktionen zusammenhängen, die der Sozialismus bieten sollte:

Konzeptionell war der Sozialismus bereits lange vor Gründung der DDR im Zusammenhang mit dem neu erstarkten Nationalsozialismus in seinen unterschiedlichen innen- und außenpolitischen Funktionen – damals noch als Ständekonzept, das auch Berufsstände betraf – beschrieben worden (Schelsky, 1934, S. 33–40): Innenpolitisch kam dem Staat die Aufgabe der »Leitung und Ordnung aller Lebensgebiete des Volkes«, wozu auch »alles, was im Heereswesen, in der Verwaltung, in der Rechtsprechung als Aufgabe ersteht«, zählte (Schelsky, 1934, S. 32). Der Volkswirtschaft kam dabei die Aufgabe zu, »die Bedürfnisse dieses Körpers zu befriedigen« (Schelsky, 1934, S. 32). Auch sämtliche Themen der Gesunderhaltung und Gesundheitsförderung hatten hier ihren Platz. Die außenpolitischen Funktionen waren defensiv als Schutzfunktionen – bei Schelsky (1934, S. 32) noch bezogen auf den »Volkskörper« formuliert – »gegen äußere Feinde, überhaupt die Regelung der Beziehungen mit anderen Völkern« (Schelsky, 1934, S. 32) formuliert. Für den Sozialismus an sich – bei Schelsky dann im

⁷ In der Bundesrepublik Deutschland schrieb man diesen Begriff unter Verwendung des Genitivs, hierzu gab es unter dem Titel *Psychologische Kriegsführung* eine Publikation des Ministeriums für Verteidigung 1961 (vgl. Dörr, 2017, 2018).

weiteren Verlauf auch als Nationalsozialismus bezeichnet (Schelsky, 1934, S. 29). Die (national-)sozialistische Grundforderung an die Staatsbürger- schaft bezog sich – nach einem Hitler-Zitat bei Schelsky (1934, S. 30) – auch auf »seelisch gleichartige[r] Lebewesen«. Hier knüpfen die frühen Vorstellungen von einer sozialistischen Lebenshaltung und Erziehung an, welche die Haltung zum Sozialismus als bedingend für die Handlungen ansahen, »denn erst das Handeln der Menschen macht aus einer Ordnung Wirklichkeit« (Schelsky, 1934, S. 34).

In der DDR manifestierten sich solche frühen konzeptionellen For- derungen nach sozialistischer Lebenshaltung bzw. Lebensweise 1958 als »10 Gebote für den neuen sozialistischen Menschen« (s. Abb. 2), prä- sentiert auf dem V. Parteitag der SED⁸ durch Walter Ulbricht (Ulbricht, 1958), und wenige Jahre später 1965 im »Gesetz über das allgemeine sozi- alistische Bildungssystem« (Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, 1965).

Bei der Untersuchung der DDR lässt sich diese frühe Konzeption in allen genannten Bereichen nachvollziehen und bedeutete somit auch für die Psychologie, dass sie unterschiedlichen, das heißt innen- und außen- politisch verschiedenen Zielsetzungen und Zugriffen unterlag:

Innenpolitisch ging es in der DDR um Herstellung bzw. Sicherung der sozialistischen Gesellschaft und Wirtschaft, zu der zuverlässig nur so- genannte sozialistische Persönlichkeiten beitragen konnten. Die sozialisti- sche Persönlichkeit leitete sich aus der marxistisch-leninistischen Philo- sophie ab: »Die politische, die ideologische Haltung der Menschen, ihre charakterlichen Qualitäten und ihre geistig-kulturellen Ansprüche sind wichtige Triebkräfte des gesellschaftlichen Fortschritts und der Entwick- lung der Menschen zu sozialistischen Persönlichkeiten« (Miller, 1974, S. 129). Dies war bedeutsam für die Psychologie im Zusammenhang mit der Persönlichkeitspsychologie und auch der Entwicklungspsychologie, insofern stellte die sozialistische Persönlichkeit für die Psychologie eine Herausforderung dar, denn der »politische Aspekt menschlicher Entwick- lung« ließ keine »apolitische[r] Betrachtung menschlicher Persönlich-«

⁸ Die Unterlagen aus den Parteitagen der SED sind archiviert im Bundesarchiv in Berlin- Lichtenfelde unter der Signatur DY 30 und zu einzelnen Rubriken recherchierbar. Eine Übersicht über alle stattgefundenen Parteitage aus dem Bundesarchiv ist online ver- fügbar: <https://www.bundesarchiv.de/sed-fdgb-netzwerk/html/gremien.html?mode=SED&cat=24> (12.9.2023).



Abbildung 2: *10 Gebote des neuen sozialistischen Menschen* (V. Parteitag der SED am 10.7.1958 in Berlin; Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft)

keitsentwicklung« zu (Miller, 1974, S. 134). Auch war die Psychologie nicht explizit als Wissenschaft in Beziehung zur marxistisch-leninistischen Psychologie diskutiert worden (Hörz, 1974). Für Psychologinnen und Psychologen sollte die »Entwicklung bestimmter sozialer Typen von Persönlichkeiten« auf Lenin bezogen aus der Perspektive bzw. »vom Standpunkt des Politikers betrachtet« werden (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU/Lenin, 1970, S. 534, zit. in Miller, 1974, S. 134 und S. 135). Auf dieser Basis war der Mensch und seine Persönlichkeitsentwicklung vollkommen vereinnahmt, das Ich war vereinnahmt (vgl. Stahl, 2001):

»Die Grundpositionen der marxistischen Theorie vom Menschen im weiteren Sinne und vom Individuum und der Persönlichkeit im engeren Sinne sind untrennbar mit der philosophischen Bestimmung der Gesellschaft, von Biologischem und Sozialem, von Notwendigkeit und Freiheit und vielen anderen philosophischen Problemen verbunden. In der bürgerlichen Ideologie [...] ist es üblich, Gesellschaftliches und Individuelles, Soziales und Biologisches entgegenzusetzen. Die marxistische Philosophie hingegen betrachtet Gesellschaftliches und Individuelles, Soziales und Biologisches in theoretischer wie methodologischer Hinsicht als untrennbar miteinander verbundene Seiten der umfassenden Problematik des Menschen« (Miller, 1974, S. 141 und S. 142).

Über diese Definition war in der DDR nicht zuletzt auch ein Einfallsstor über Psychologie und Pädagogik in die psychische Entwicklung des Menschen zu dessen Politisierung gegeben worden. Sobald Zweifel an der Zuverlässigkeit einer sozialistischen Persönlichkeit im Einzelnen oder im Bildungs- und Erziehungsauftrag in der DDR aufkamen oder Einbußen beim Beitrag zur sozialistischen Gesellschaft in irgendeiner Form bekannt wurden, war es möglich, dieses zu überwachen, zu steuern oder mannigfaltig zu sanktionieren: Die oben im Zitat genannte Bestimmung der Persönlichkeitsentwicklung reicht zu jener »Strategie einer Diktatur« (Pingel-Schliemann, 2004) hinüber, die als Zersetzung – erlassen über die MfS-Richtlinie 1/76 (s. hierzu Pingel-Schliemann, 2004, S. 198–201; Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Ministerium für Staatssicherheit, Der Minister, 1976) – zahlreiche Beispiele lieferte, wie die genannten Bereiche Soziales und Biologisches, Gesellschaftliches und Individuelles methodisch unterminiert wurden und zu zerstörten Biografien von Menschen führten, denen sich das MfS bemächtigte. Dies reichte

von Einflussnahmen auf einzelne Personen als Kinder, Jugendliche oder Erwachsene und betraf auch Eltern bzw. Erziehungsberechtigte und fand durch entsprechend ausgestattete Institutionen statt (von der Schule über Jugendvereinigungen bis zum Arbeitgebenden). Nicht zuletzt die Sicherung der Produktivität und damit die ökonomische Sicherung des SED-Staates über die »Fünfjahrpläne« der SED spielten hier auch maßgebend mit hinein (Friedrich-Ebert-Stiftung, 1982).

Außenpolitisch drohten aus Sicht der DDR ebenfalls Einflussnahmen (auch) auf die sozialistische Persönlichkeit, die durch »Psychologische Kriegsführung« der BRD durch Propagandamaßnahmen beeinflusst schien.

Beide Perspektiven – innen- wie auch außenpolitisch – zielten in Bildungs- und Erziehungsthemen auf eine »ideologische Unterstützungs-funktion für die ökonomische Integration« (BArch KO, B 138/66635, RGW und Bildungspolitik, S. 7) der DDR in den Verbund mit den sozialistischen Staaten. Zu solchen Zwecken nahm man auch das psychologische Fachwissen unter anderem zur Produktivitätssicherung zur Hilfe (Guski-Leinwand & Nussmann, 2021), und um politische Forderungen der DDR einerseits, aber auch Bedrohlichkeiten aus dem Ausland andererseits abwehren zu können (vgl. hierzu Guski-Leinwand & Maercker, 2022). Als besonders kritischer Aspekt ist hierbei die Verwertung psychologischen Fachwissens durch das Ministerium für Staatssicherheit zu nennen, wie weiter unten in Teil IV noch ausführlicher dargestellt wird (vgl. Maercker & Guski-Leinwand, 2018).

Die akademische Psychologie in der DDR ist jedoch nicht wie eine »uniforme Staatspsychologie« zu sehen, wie es im Rahmen der Aufarbeitung der Pädagogik in der DDR beispielsweise als »uniforme Staatspädagogik« benannt wurde oder wird (Krüger & Marotzki, 1994, S. 7), wenn-gleich auch Begrifflichkeiten wie »Psychologische Kriegsführung« auf eine mögliche bzw. wie auch immer geartete Staatspsychologie hindeuten könnten (siehe in Abgrenzung hierzu das Kapitel zur Einordnung und Definition der Operativen Psychologie in Teil IV).

In der DDR war der Terminus »Psychologische Kriegsführung« kein geheimer Begriff, sondern lexikalisch öffentlich zugänglich als

»eine Art der imperialistischen Kriegsvorbereitung und eine spezifische Kampfform während der Kriegshandlungen, mittels der die herrschenden Kreise der imperialistischen Staaten unter Anwendung von Propaganda, Terror u. a. Mitteln versuchen, die eigenen Völker und die Völker ›gegneri-

scher-, verbündeter und neutraler Länder politisch-ideologisch, moralisch und psychologisch im Interesse ihrer aggressiven Strategie zu beeinflussen» (Böhme et al., 1973, S. 692).

Diese Definition hielt sich gleichlautend noch bis 1988 (Böhme et al., 1988, S. 797). Aus dieser Definition geht das Feindbild, das mit der BRD und der mit ihr verbündeten Staaten verbunden war, sehr eindeutig hervor. Die Betonung einer psychologischen Beeinflussung zu politischen Zwecken verzerrt die Anliegen einer akademischen Psychologie (und auch der Politischen Psychologie; vgl. Jacobsen, 1963, S. 9–16) und verweist inhaltlich auf ein Konstrukt, das bereits im Ersten Weltkrieg als »Psychopolitik« (Kjellén, 1920) Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Disziplinen zur Durchsetzung und Stärkung politischer Konzepte bzw. politisch-militärischer Interessen zur Nutzung definierte und für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geänderte Ausrichtung und Anpassungen erhielt (Feldkeller, 1947).

Zum Zeitpunkt der Teilung der beiden deutschen Staaten durch den Mauerbau in der DDR Anfang der 1960er Jahre erschienen in der DDR vom Autor Gerhard Zazwora (1961, 1962) kurz hintereinander zwei Buchauflagen zum Thema *Psychologische Kriegsführung*.

Diese Publikationen Zazworkas entstanden wohl einerseits als Reaktion auf die Ereignisse um den Eintritt der Bundesrepublik Deutschland 1955 in die NATO und die damit geführte »Politik der Stärke«, die – anders als von der Bundesrepublik Deutschland erwartet – »eine deutliche Wendung der sowjetischen Politik« nach sich zog. »Die Haltung der Sowjetunion war nichts anderes als Machtpolitik« (Schmid, 1968, S. 63), die sich als solche bereits vor Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO angekündigt hatte (Schmid, 1968, S. 43): Wiedervereinigungspläne mit der DDR waren gescheitert, mehrere sogenannte Deutschlandpläne waren von SPD und FDP in den Jahren 1955 von 1959 (Schmid, 1968, S. 68–71) eingebbracht worden, doch als die Sowjetunion Anfang März 1959 mitgeteilt hatte, die Angelegenheiten der zwei deutschen Staaten bei diesen zu belassen und sich nicht in diese einzumischen (Schmid, 1968, S. 48), wurde auch unter der Einführung einer eigenen Staatsangehörigkeit DDR der »Begriff »gesamtdeutsch« faktisch abgeschafft« (Schmid, 1968, S. 49). Mit Inkrafttreten des Staatbürgerschaftsgesetzes im Februar 1967 war dann die bis dahin für die Bürgerinnen und Bürger beider deutschen Staaten geltende gemeinsame deutsche Staatsbürgerschaft beseitigt (Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, 1967).

Andererseits erscheinen die insgesamt zwei – sich in Teilen voneinander unterscheidenden – gleich betitelten Auflagen von Zazworka (1961, 1962) über psychologische Kriegsführung (das Genitiv-s fehlt in den Titeln) als Reaktion auf die angloamerikanische Veröffentlichung und deutschsprachige Übersetzung des Buches von Paul M. A. Linebarger *Psychological Warfare* unter dem Titel *Schlachten ohne Tote* aus dem Jahr 1960⁹ (s. Abb. 3)

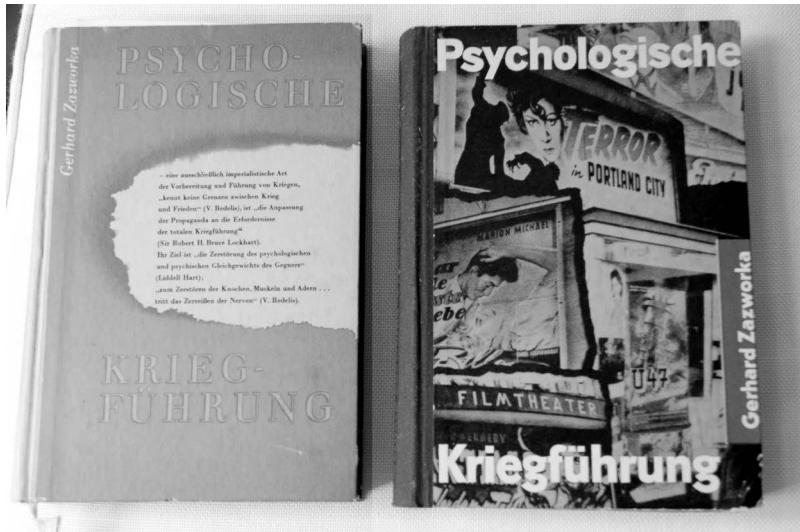


Abbildung 3: *Psychologische Kriegsführung* (Zazworka, 1961, 1962)

Die »Psychologische Kriegsführung« bzw. »psychological warfare« wurde von Linebarger (in deutscher Übersetzung) definiert als »die Beeinflussung des Feindes (Soldaten wie Zivilpersonen) zur Ergänzung und Unterstützung von normalen militärischen Operationen durch ein System von Massenbeeinflussung« (Linebarger, 1960, S. 7), die eine »vollkommene oder scheinbar vollkommene zeitliche und thematische Abstimmung der politischen Propaganda auf umstürzlerische und militärische Bemühun-

9 Der DDR-Militärhistoriker Gerhard Zazworka griff in seinem Standardwerk *Psychologische Kriegsführung* (1962) Linebarger sogar in persona an, indem er ihn mehrfach in tendenziöser, oftmals lückenhafter Weise zitierte. Die Hauptform der »Psychologischen Kriegsführung« war demnach die »imperialistische Propaganda« (Zazworka, 1962, S. 25).

gen von Diktatoren in Verbindung mit der Anwendung der Ergebnisse moderner Psychologie zur Erreichung politischer und militärischer Ziele« (Linebarger, 1960, S. 7) voraussetzen. Eine Psychologische Kriegsführung wird begleitet durch eine »Psychologische Verteidigung«, die wiederum eine »spezifische Form der geistigen Auseinandersetzung mit jedem Radikalismus und dem aggressiven Weltkommunismus im besonderen auf allen Lebensgebieten des Volkes in Abwehr und Gegenwehr zum Erhalten der freiheitlich-demokratischen Lebensform« (Linebarger, 1960, S. 8) darstellt. Eine so verstandene Verteidigung bezog sich vor allem auf Propaganda-Mittel, »Demagogie« und »Betrug« waren demnach die Propaganda-Methoden der »Psychologischen Kriegsführung«, ebenso auch das Aufhetzen der militärischen Funktionäre gegeneinander (Zazworka, 1962, S. 45). Dies waren Methoden, wie sie auch bereits aus dem Zweiten Weltkrieg bekannt waren, wie zum Beispiel die »Mobile Radio Broadcasting Company« (MRBC) als eigenständige Einheit der US-Army im Einsatz in Frankreich (The Psychological Warfare Division, 1945, S. 19) oder seit Ende 1943 als Abwurf von sogenannten »Leaflet Bombs« (»Flugblattbomben«) durch amerikanische Flugzeuge über feindlichem Gebiet (The Psychological Warfare Division, 1945, S. 47ff.). Die 1944/45 an der Westfront aktive »Psychological Warfare Division« (PWD) erfüllte ihren Dienst nach detaillierten strategischen Direktiven (The Psychological Warfare Division, 1945, S. 141ff.) und reicherte diese durch psychologisches Wissen an. Nach Linebarger (1960, S. 41f.) handelte es sich bei der Psychologischen Kriegsführung um einen Teil einer »wissenschaftlichen Kriegsführung«, die sich aus Erkenntnissen unterschiedlicher Disziplinen nährt(e)¹⁰ und in der es nicht auf den direkten Einsatz (oder man könnte auch sagen Kenntnis) der Expertinnen und Experten ankam: »*Auf Psychologen in persona kann verzichtet werden, nicht aber auf die Methoden der wissenschaftlichen Psychologie*« (Linebarger, 1960, S. 42). Psychologische Kriegsführung wurde (oder wird immer noch) über Propagandamaßnahmen realisiert und bedurfte – gemäß Situation im Zweiten Weltkrieg – einer Bündelung verschiedenster medialer Möglichkeiten: »*Psychological Warfare intelligence differs from other military intelligence in the sense that it must gather material not only for an appreciation of the situation but also for actual production in the various media*« (The Psychological Warfare

10 Hierzu wurden auch »die Anthropologie, die Soziologie, die politische Wissenschaft, die Volkswirtschaft, Geländestudien und andere Spezialwissenschaften« gezählt.

Division, 1945, S. 29). Aufgabe war es zu dieser Zeit, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Medien auf den jeweiligen Rezipienten einzuwirken: »PWD, as the articulation of the Supreme Commander to the people of enemy and enemy-occupied countries, utilized all its available media for the simple purpose of telling the various audiences what the Supreme Commander wished them to do, why they should do it, and what they might expect if they carried out the Supreme Commander's wishes« (The Psychological Warfare Division, 1945, S. 20).

Grundsätzlich ist jedoch zu unterscheiden, dass die genannten Auffassungen und Aktionen während eines militärisch ausgetragenen Zweiten Weltkrieges stattfanden, der unter diesen Aspekten auch als »Nervenkrieg« bezeichnet wurde (Linebarger, 1960, S. 56). Die USA sahen sich nach 1945 in eine Zeit des »weder Krieg noch Friedens« versetzt, woher die maßgebende Wortschöpfung »Der kalte Krieg« ebenso röhrt wie Churchills »Eiserner Vorhang« (Linebarger, 1960, S. 265). Das sozialistische Lager kehrte in politischer und wissenschaftlicher Hinsicht die von Linebarger definierte »Psychologische Kriegsführung« mit antiamerikanischer bzw. antiwestlicher Stoßrichtung um: In der DDR trat der SED-Chefideologe Kurt Hager unter diesem politischen Schlagwort im Parteiorgan »Neues Deutschland« gegen die »Bonner Machthaber« sowie gegen die »westdeutschen Imperialisten und Militaristen« an.¹¹ Akademischerseits fand der Begriff zeitgleich in verschiedene Diskurse Eingang: So fand am »Institut für Marxismus-Leninismus« der Universität Jena eine interdisziplinäre wissenschaftliche Konferenz zur »Entlarvung der psychologischen Kriegsführung« als »Beitrag zur Bändigung des westdeutschen Militarismus« statt.¹²

Dem entgegen oder besser: dem entsprechend bezogen sich die bei Zazworka (1961, 1962) dargelegten Aktivitäten der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten jedoch auf Ereignisse in Verbindung mit Nato-Aktivitäten *nach* dem Zweiten Weltkrieg, also während des sogenannten Kalten Krieges, der nicht als militärischer Krieg im Sinne eines Angriffs- und Verteidigungskrieges ausgetragen wurde und einem »heißen Krieg, der militärische Überfall auf die sozialistischen Länder« (Zazworka, 1961, S. 5), begrifflich gegenübergestellt wurde. Psychologische Kriegsführung hatte aus Sicht der DDR wesentlich »die Verbreitung von Furcht in allen

11 *Neues Deutschland*, 13.10.1960, 15. Jg., Nr. 283, S. 5.

12 *Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena*, 1960/61, Jg. 10, S. 2ff.

ihren Schattierungen« zum Ziel (Zazworka, 1961, S. 56).¹³ Linebarger sah die entsprechenden Fronten klar umrissen. Die »Kommunisten der Welt« angeblich in einem »Kreuzzug« gegen die USA (Linebarger, 1960, S. 301): auf der einen Seite die Westmächte, auf der anderen Seite die Sowjetunion und ihre »Satelliten« (Linebarger, 1960, S. 305), darunter also auch die DDR. »Die psychologische Kriegsführung«, so Linebarger, könne »wie auch immer sie in Zukunft genannt werden mag, aus dem Arsenal des modernen Krieges nicht weggedacht werden« (Linebarger, 1960, S. 320f.).

Der Psychologischen Kriegsführung wurde prinzipiell eine zerstörerische Wirkung zugeschrieben: »The aims of psychological warfare are to destroy the fighting morale of our enemy, both at home and at the front, and to sustain the morale of our Allies« (The Psychological Warfare Division, 1945, S. 21). Diese zerstörerische Wirkung wurde infolge auch durch Befragungen bzw. Vernehmungen realisiert, wie sie in der Zeit des geteilten Deutschlands bzw. des Kalten Krieges auch Praxis des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR waren (vgl. Fuchs, 1978). Hierdurch sollten Gegner*innen zu einem Meinungswechsel bzw. einer Einstellungsänderung bewegt oder auf eine gewisse Weise bestraft werden.¹⁴

Somit spielen auch ideologische Einflüsse innerhalb der Psychologischen Kriegsführung eine bedeutsame Rolle (vgl. Linebarger, 1960, S. 45–47). Psychologisch interessierende Aspekte einer Ideologie betreffen dabei das Bild von Persönlichkeit und Gesellschaft innerhalb der spezifischen Ideologie. In der DDR wurden Persönlichkeit und Gesellschaft unter den

¹³ Zazworka benutzte hierfür den Begriff »Aggressionskrieg« zur Umschreibung der NATO-Absichten (Zazworka, 1961, S. 7) und schuf hiermit einen Bezug zur psychologischen Aggressionsforschung.

¹⁴ Für die Zeit des Zweiten Weltkrieges galt, dass der Besiegte zunächst durch gezielte Befragungen, nämlich anhand von »Subjects of Interrogation«, analysiert werden sollte (The Psychological Warfare Division, 1945, S. 240). Im Anschluss daran planten die Siegermächte eine Manipulation bzw. politische Umerziehung: Die »re-education« sollte demnach mit einem »controlling« von »thought and expression« einhergehen (The Psychological Warfare Division, 1945, S. 24). »Im kalten Krieg ist die freie Welt verpflichtet zu kämpfen, aber nicht verpflichtet zu siegen, während die Kommunisten dem wirklichen, wenn auch entfernten Triumph ihres Systems in der ganzen Welt verpflichtet sind. Die Bürger der Vereinigten Staaten können daher das Überleben der USSR oder seiner Vernichtung oder seiner Verdrängung durch ein demokratisches Rußland mit Gleichmut betrachten. Die sowjetischen Bürger ihrerseits – gleich welcher Klasse – können sich nicht so von dem Kampfe distanzieren« (Linebarger, 1960, S. 267).

sozialistischen Vorzeichen gleichsam zusammengezogen. Im *Wörterbuch der Psychologie* (Clauß et al., 1981a) wird Persönlichkeit unter einer eingeengten und einer erweiterten Definition präsentiert: Aus Sicht der marxistischen Philosophie wird Persönlichkeit definiert als

»das menschliche Individuum vorwiegend unter dem Aspekt seines *gesellschaftlichen* Wesens. Der P. Begriff wird hier eingeschränkt auf die Kennzeichnung der Funktionen des Individuums im gesellschaftlichen Leben, seiner gesellschaftlichen Bedeutung sowie derjenigen determinierten Eigenschaften, die das Individuum zur Ausübung seiner gesellschaftlichen Funktion befähigen [...] diejenigen psychischen Eigenschaften des Menschen als P. Eigenschaften bezeichnet, die die *Beziehungen des Individuums zur Gesellschaft* bzw. zu anderen Menschen zum Ausdruck bringen« (Clauß et al., 1981c, S. 444f., Kursivdruck i. Orig.).

Als erweiterte Auffassung von Persönlichkeit galt ab den späten 1970er Jahren: »Der Mensch wird als *biopsychosoziales Wesen* charakterisiert, das gerade infolge seiner spezifischen biologischen Organisation alle Voraussetzungen hat, zu einem *bewußt handelnden gesellschaftlichen Wesen*, also zur P. zu werden, die durch den gesellschaftlichen Prozeß in der Lage ist, die Natur, die Gesellschaft und sich selbst zu verändern, zu beherrschen« (Clauß et al., 1981c, S. 445, Kursivdruck i. Orig.). PersönlichkeitSENTWICKLUNG wird inhaltlich entsprechend über einen Prozessbegriff definiert als »Prozeß der aktiven Aneignung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch das Individuum« (Clauß et al., 1981d, S. 447). Aneignung steht dabei dem biologischen Begriff der Anpassung gegenüber und fordert das Individuum auf, sich aktiv die »Errungenschaften der gesellschaftlich-historischen Entwicklung als Gattungserfahrung« anzueignen (Clauß et al., 1981b, S. 31). Im Kern ist dies die Auffassung des historischen Materialismus, wonach die durch »Arbeitstätigkeit erzeugten Produkte[n] geistige Kräfte und Fähigkeiten, allgemein menschliche Wesenskräfte, vergegenständlicht« wiederspiegeln (Clauß et al., 1981b, S. 30f.).

Unter eine solche Persönlichkeitsauffassung fällt dann auch eine Aneignung von Aspekten Psychologischer Kriegsführung, die insofern unter der Setzung der sozialistischen Persönlichkeit(en) in der DDR enthalten war, wie sie von Walter Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED 1958 vorgestellt wurde und nach deren erstem Gebot musste sie sich für die »unverbrüchli-

che Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen« (Bildungsserver Berlin-Brandenburg.de, S. 2; vgl. Ulbricht, 1958). Mit dieser Politisierung der Persönlichkeit zeigt sich auch ein Brückenschlag hin zur Auffassung einer Psychologischen Kriegsführung durch den Westen. Welche Auffassungen auf westlicher Seite hierzu bestanden, sollte im Forschungsprojekt zwar nicht vorrangig überprüft werden, doch es erschien inhaltlich interessant, wie sich zum Zeitpunkt der 1960er Jahre die Bundesrepublik Deutschland zu dieser Thematik aufgestellt hatte. Hierzu wurden Archivalien zu dieser Thematik aus bundesrepublikanischem Bestand der 1960er Jahre im Rahmen des Forschungsprojektes zwar recherchiert, sie konnten jedoch aus kapazitären Gründen unter der Coronapandemie und den damit längerfristig bestehenden Einschränkungen leider nicht mehr eingesehen bzw. ausgewertet werden. Die im Bundesarchiv/Militärarchiv in Freiburg im Bestand BW 2 Bundesministerium der Verteidigung – Generalinspekteur und Führungsstab der Streitkräfte im Kapitel 25 Militärische Führung befindlichen Unterlagen reichen unter der Kategorie »25.8 Psychologische Kampfführung« (abgekürzt PSK) von der Organisation Psychologischer Verteidigung über ihre Aufgaben (Signatur BArch BW2/4436 oder unter der Signatur BArch BW 2/7160). Für den Zeitpunkt 1970 erfolgte eine Umbenennung in »Psychologische Verteidigung« (abgekürzt als PSV) (beispielsweise unter der Signatur BArch BW 2/7078). Auch Treffen zwischen Willy Brandt und Willy Stoph als Repräsentant der DDR 1970 (Signatur BArch BW2/7080) sind unter Aspekten der Psychologischen Verteidigung dokumentiert. Stoph hatte auf dem VI. Parteitag der SED 1963 bereits gefordert, »daß sich die Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre außer Fachkenntnissen auch die >einfachsten Grundsätze der Pädagogik und Psychologie< aneignen, um die >Führung der Menschen< zu verbessern« (Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, 1964, S. 21).

Besonders interessant ist im Zusammenhang mit Psychologischer Kriegsführung und Verteidigung die Orientierung auf Hass und die (psychologische) Lehre über den Hass zu erkennen: Im Bestand des Bundesarchivs befinden sich aus der Laufzeit 1969 bis 1973 Dokumente zur »Hasserziehung«, wie sie aus der NVA und der Armee der Sowjetunion offenbar bekannt war und analysiert wurde (Signatur BArch/BW 2/22278, Bd. 47).

Die psychologischen Vorzeichen zu einer solchen »Hasserziehung« erschienen im Zusammenhang mit dem hiesigen Forschungsprojekt interessant und wurden anhand anderer Archivalien näher untersucht (s. hierzu auch in Teil IV das Kapitel »Hass als Ressource für die Psychologie!?«).

Weitere Archivalien, die in diesen Zusammenhang gehören und Auswirkungen einer Psychologischen Kriegsführungen auf Einzelne, das heißt DDR-Bürgerinnen und -Bürger betrafen, lassen sich im Bestand der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen (damals in Salzgitter ansässig) recherchieren, konnten im Rahmen des Forschungsprojektes jedoch leider nicht vertiefend recherchiert und untersucht werden, obwohl dies zu Beginn des Forschungsprojektes geplant war. Jedoch sind im Zusammenhang psychologischer Verteidigung einzelne Archivalien im Bestand des Bundesarchivs für die Laufzeit 1962 bis 1965 gefunden worden (z.B. Signatur BArch BW 2/7092: Zusammenarbeit mit der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter).

Über die Geschichte der Psychologischen Kampfführung bzw. Psychologischen Verteidigung in der BRD und im Zusammenhang mit der DDR liegt außerdem eine umfangreiche Untersuchung als Dissertation von Drews (2006) vor. Hierin wurde unter anderem herausgearbeitet, dass – durch die Medien – im Verlaufe des Jahres 1989 kritische Fragen zur ethischen Haltbarkeit einer Psychologischen Verteidigung in der BRD aufgeworfen und öffentlich diskutiert wurden.

Seit dem Erscheinen von Linebargers Standardwerk sind mehrere Jahrzehnte vergangen. Psychologische Krieg(s)führung ist zwar noch ein journalistisch verwendeter Begriff, staatlicherseits wurde er jedoch im Zuge der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten verändert: Im Frühjahr 1990 schloss der damalige Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg dieses Kapitel aus der Bundeswehr des dann anschließend geeinten Deutschlands aus (Drews, 2006, S. 26).

Politische Psychologie in der BRD als Psychologische Kriegsführung aus Sicht der DDR

In der DDR herrschte die Auffassung, dass mit der Psychologischen Kriegsführung eine Vielzahl an Maßnahmen und Möglichkeiten verbunden war, die über die Massenmedien von der westlichen Seite, vor allem der Bundesrepublik Deutschland, verwirklicht wurden. Wenn solche Aktivitäten stattfanden, wurde dies innerhalb der staatlichen Kommunikation in der DDR als »Politisch-ideologische Diversion (PiD)« bezeichnet, womit ein spaltendes Beeinflussen der DDR-Bevölkerung zugunsten der BRD gemeint war. Ein Beispiel einer solchen politisch-ideologischen Diversion stellte für die DDR im Kern die Politische Psychologie dar, wie sie in der Bundesrepublik ab Mitte der 1950er Jahre aus der Bundeszentrale für Heimatdienst mit Anhang eines »Ostkollegs« 1957 kam, welche die »psychologische Abwehr des Kommunismus« zur Aufgabe hatten (Hentges, 2013, S. 7 und S. 442; vgl. auch BArch KO, Signatur B 106/3275, Band 2). Diese und andere Aktivitäten in Westdeutschland wurden als »Ostforschung« subsummiert und diese wiederum 1959 von der DDR als »Ideologie des westdeutschen Revanchegeistes« bezeichnet (Paschuto, 1959, S. 599–616). Im Jahr 1958 erfolgte auch die Bildung einer Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologen e. V., der 1947 gegründet worden war (Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen, 2023a). Zur Geschichte der Politischen Psychologie liegen bereits Arbeiten vor (z. B. Deutsch & Bohnke, 2022), doch sollen an dieser Stelle aussagekräftige Aspekte herausgearbeitet werden, die sich auf die Genese der Politischen Psychologie während des Kalten Krieges und ihre Rezeption in der DDR beziehen.

Die Begrifflichkeit »Politische Psychologie« war jedoch historisch belastet und in dieser Belastung später auch als »töricht« bezeichnet worden, da sie in »einem totalitären politischen System« hierfür einen Anschluss erhalten hatte (Dorsch, 1963, S. 173). So lauteten Titel von Tagungen 1959 zunächst »Überwindung von Vorurteilen« (Danckworrth, 1959, S. 231) oder »Psychologie der Politik« (Hylla, 1960), gefolgt von weiteren

Tagungen wie zum Beispiel zu »Autoritarismus und Nationalismus« 1960 (Jaide, 1960), die zumeist auch von politischen Stiftungen oder Bildungsträger*innen ausgerichtet wurden und unterschiedlich politisierte Perspektiven für die Psychologie forderten.

Die Aufgaben und Institutionalisierungen im Zusammenhang mit der Bundeszentrale für Heimatdienst stellten für die DDR eine »ideologische Verseuchung« im Zusammenhang mit Psychologischer Kriegsführung dar (Zazworka, 1961, S. 5), zu deren weiteren Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland auch das »Vertriebenenministerium« zählte (Zazworka, 1961, S. 39), das frühere Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, das von 1949 bis 1969 bestand (vgl. hierzu z. B. Hoffmann, 2003).

Diese erste bildungspolitische Bundeszentrale wurde gegründet, da Bundeskanzler Konrad Adenauer auf einer Kabinettsitzung im September 1951 die Entfremdung der deutschen Bevölkerung zur Demokratie und Politik der Bundesregierung thematisierte (Hentges, 2013, S. 163) und als ihre Aufgabenbereiche »die Hinführung des deutschen Volkes zum demokratischen Gedanken und zur europäischen Idee, die Aufklärung der Bevölkerung über die Tatsachen und Unterlagen, die für die Regierungspolitik maßgebend sind« (BArch KO, Signatur B 145/1583, zit. in Hentges, 2013, S. 164), die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hingegen war zu dieser Zeit noch nicht als explizite Aufgabe der Bundeszentrale, sondern des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen verankert (Hentges, 2013, S. 441). Von ihrer Gründung 1955 an bestand die Bundeszentrale für Heimatdienst bis 1963 als Vorgängerorganisation der auch gegenwärtig bestehenden Bundeszentrale für politische Bildung (vgl. Hentges, 2013, S. 6) und damit auch ab 1956 ihr Auftrag zur intensivierten Auseinandersetzung mit dem Kommunismus (Hentges, 2013, S. 445), der nicht unumstritten war (Hentges, 2013, S. 446). Während der späten 1950er Jahre bestanden in diesem Zusammenhang auch intensive Verbindungen des Ostkollegs an der Bundeszentrale für Heimatdienst zum amerikanischen Geheimdienst CIA (Hentges, 2013, S. 443), wodurch die Relevanz der von dort kommenden Politischen Psychologie für die DDR und ihre Staatssicherheitsorgane nachvollziehbar wird. Auch die Verwertung psychologischen Fachwissens und die Begründung einer Operativen Psychologie durch das Ministerium für Staatssicherheit an der Juristischen Hochschule in Potsdam stehen hier in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den psychologischen Abwehrforderungen gegenüber dem Kommunismus durch die bundesrepublikanische Regierung der

1950er Jahre. Hierauf wird weiter unten in Teil IV noch näher eingegangen, erste Bezüge zwischen den beiden Staatssystemen zu dieser Thematik sollen im vorliegenden Kapitel jedoch bereits beispielhaft präsentiert werden.

Unter dem Auftrag der Bundeszentrale für Heimatdienst und der Forderung nach psychologischen Abwehrkonzepten sollte die Politische Psychologie in einem eigenen Referat unter der Leitung des Psychologen Walter Jacobsen (1895–1986)¹⁵ verankert werden. Gemeinsam mit Kollegen sah Jacobsen »Politische Psychologie als Aufgabe unserer Zeit« (Aurin et al., 1963), wie es der gleichnamige Titel des ersten Bandes der Reihe *Politische Psychologie* transportierte. Im Rahmen der Politischen Psychologie wurden auch »Vorstellungen über den Kommunismus« untersucht und von den »pseudowissenschaftlichen Vorstellungen von der Beeinflussung des einzelnen« abgegrenzt (Wolf, 1963, S. 90–93). Als Politische Psychologie angesehen wurde »jenes Arbeitsgebiet der Psychologie, das ausgewählte Erscheinungen in der Politik zum Gegenstand seiner Forschungen macht. [...], nicht aber, daß sie selbst, qua Forschung, Pädagogik betreibt [...] oder gesellschaftliche Beziehungen pflegt. [...] Psychologie, soweit sie sich mit politischen Erscheinungen befaßt« (Jacobsen, 1963, S. 9). Jacobsen nahm in diesem Zusammenhang auch eine Abgrenzung vor, dass Politische Psychologie keine Psychologie im eigentlichen Sinne sei, das heißt, auf das Erleben und Verhalten der Menschen hinsichtlich politischer Linientreue in eine bestimmte Richtung einwirkt. Hierin unterscheidet sie sich stark von einer Politisierung in der Psychologie: »[W]ir wollen nicht (psychologisch) politisieren, sondern Erkenntnisse sammeln, Wissenschaft betreiben« (Jacobsen, 1963, S. 8).

Unter der Erstarkung des Antisemitismus Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland – in dessen Zusammen-

¹⁵ Walter Jacobsen publizierte Zeit seines Lebens (mindestens) ca. 30 deutschsprachige Beiträge als Autor oder Herausgeber und über 30 Beiträge in schwedischer Sprache zu Themen der Berufsberatung und -wahl. Für letztere Information danke ich herzlich seiner Nichte, Gründungs- und Vorstandsmitglied der Walter-Jacobsen-Gesellschaft, Frau Birgit Kassovic, Hamburg. Zur Vita Walter Jacobsens siehe die Gedenkseite anlässlich seines 125. Geburtstages auf der Website der Walter-Jacobsen-Gesellschaft: https://www.walterjacobsengesellschaft.de/wa_files/a_2020-11-29_walter%20jacobsen%20zum%20125.%20geb._lebensdaten__.pdf, abgerufen am 30.07.2023, 12:40 Uhr. Außerdem findet sich im Zusammenhang mit der Gründung des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen auf der Webseite des Berufsverbandes eine Dokumentation Weiteres zu Engagement und Tätigkeit Walter Jacobsens (Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen, 2023b).

hang die DDR in Medien auch über die Werdegänge von Lehrstuhlinhabern der Psychologie in der Bundesrepublik Deutschland wirkungsvoll berichtete¹⁶ – wurden Struktur und Schwerpunkte der Bundeszentrale für Heimatdienst neu verhandelt und das Referat Psychologie schließlich aufgelöst (Hentges, 2013, S. 447). Zeitlich fiel dies mit der Pensionsgrenze Walter Jacobsens zusammen, jedoch gründete er die zwischen 1963 und 1969 erscheinende Reihe *Politische Psychologie*, die später unter der Herausgabe zunächst von Helmut Moser (1981) und in Zusammenarbeit mit weiteren Herausgebern (z. B. Preiser, 1982, 1983; Moser & Preiser, 1984; Kohr et al., 1983; Günther, 1984) in den 1980er Jahren als *Fortschritte der Psychologie* eine Fortsetzung fand mit Schwerpunkten der Untersuchung und Reflexion gegenwärtiger politisch-gesellschaftlicher Thematik und politischer Entscheidungsprozesse (Lösel & Skowronek, 1988), zu der besonders auch die Auseinandersetzung mit Jugend und Umweltthemen gehörte (z. B. Stiksrud, 1984; Günther & Winter, 1984). Hierzu sei angemerkt, dass auch in der DDR die Orientierung auf die junge Generation und die Auseinandersetzung mit Umweltthemen stattfand, innerhalb derer auch ein anderes politisches Bewusstsein in der DDR zum Beispiel im Rahmen umwelt- und friedenspsychologischer Engagements entstand (vgl. Guski-Leinwand, 2023a). Im Jahr 1966 gründete Jacobsen mit einem Kreis aus den Kollegien der Deutschen Gesellschaft für Psychologie und der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung den »Arbeitskreis Psychologie der politischen Bildungsarbeit« (Preiser, 1986, S. 217).

Die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus in den Ostländern, besonders der DDR, wurde in einer neueren Untersuchung als »immer auch begleitet von Feindbildkonstruktionen« (Hentges, 2013, S. 448) herausgearbeitet, die aus den Reihen der Politischen Psychologie zu Zeiten des Bestehens der DDR unter Aspekten des Ost-West-Konfliktes untersucht wurden (Preiser, 1987). Unter diesen und anderen politisch-gesellschaftlichen Themen stand und entstand die Politische Psychologie nach dem Zweiten Weltkrieg¹⁷, die in den eigenen Fachkreisen der Psychologie über

¹⁶ Vgl. hierzu den in Ostberlin erschienenen Artikel im *Forum: Zur Situation der westdeutschen Psychologie* (Anonym), 1960, 14. Jg., Heft 23, S. 1–4.

¹⁷ Bereits im Nationalsozialismus wurde der Begriff »Politische Psychologen« in Publikationen verwendet, hier damals namentlich in Bezug auf Adolf Hitler unter der Autorenschaft des Bonner Universitätsprofessors Walther Poppelreuter (1934). Von dieser – psychopolitischen – Verwendung des Begriffes ist der hiesige Begriff »Politische Psychologie« streng zu unterscheiden und zu trennen.

viele Jahre keinen leichten Stand hatte und erst ab der ersten Hälfte der 1980er in den eigenen Kreisen auf größeres Interesse stieß (Jacobsen, 1986, S. 212–214). Bis etwa zu diesem Zeitpunkt gab es in Deutschland auch eine »Psychologiegeschichtliche Abstinenz« (Lück, 1997, S. 157–158), die auch durch die »Hypothek« (Lück, 1997, S. 173) bedingt ist, die die Psychologie in Deutschland durch »eine weitgehende personelle und inhaltliche Kontinuität der Lehre« (Lück, 1997, S. 172) nach 1945 und dem Ausbleiben der kritischen Reflexion des Professionalisierungsgeschehens unter dem Nationalsozialismus trug (Lück, 1997, S. 173–174; vgl. Geuter, 1984). Jacobsen reflektierte, dass in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg »die Psychologie [...] in hohem Maße zuständig geworden« sei, da der »Ruf nach stärkerer Immunität gegen nationale und andere Vorurteile, gegen Massenansteckung ebenso wie der Ruf nach Überwindung politischer Indifferenz und Apathie nach dem 2. Weltkrieg lauter« geworden war (Jacobsen, 1986, S. 212).

Preiser (1986) hat den Beitrag Walter Jacobsens gewürdigt und die Entwicklung der Politischen Psychologie in Deutschland für Mitte der 1980er Jahre wie folgt umrissen:

»Politische Psychologie beinhaltet die wissenschaftliche Analyse politischen Handelns und politischer Prozesse auf der Basis psychologischer Methoden und Theorien, jedoch in interdisziplinärer Zusammenarbeit; sie liefert dadurch auch Grundlagen für die Politikberatung und -gestaltung. Deshalb wurden die Themenschwerpunkte der Politischen Psychologie zwangsläufig zum Spiegel der jüngeren und jüngsten politischen Vergangenheit« (Preiser, 1986, S. 215).

Inhaltlich ging es bei diesen Aspekten der jüngeren politischen Vergangenheit um »Vergangenheits-Aufarbeitung« und »Re-Demokratisierung« nach dem Zweiten Weltkrieg bzw. nach dem Nationalsozialismus, um Grundlagen zur »Gehorsamsorientierung«, »Gewaltbereitschaft«, aber auch hinsichtlich »Widerstand gegen politische Manipulierbarkeit« bereitzustellen. Aufbauend darauf ging es dann in den späteren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts um erweiterte Grundlagen(-forschung) für Demokratisierungsprozesse, die inhaltlich mit Kritik- und Partizipationsverhalten, »Förderung politischer Verantwortlichkeit und Urteilskraft« und der »Bearbeitung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen« zusammenhingen (Preiser, 1986, S. 215f.).

Der Spiegelcharakter, den die Politische Psychologie bot, stellte für die DDR in vielerlei Hinsicht eine Provokation dar, bot sie doch umfangreiche Ansätze und auch Systematiken an, um politische Systeme und Manipulierbarkeiten zu analysieren und kritisch zu hinterfragen (vgl. z. B. Jacobsen & Hartmann, 1963, 1964, 1966; Danckwortt, 1966; Wiesbrock, 1967; Aurin, 1969; Hartmann, 1969; Günther, 1984). Außerdem ging man in der Psychologie – wie auch in der Politik – in der DDR von der Wiederspiegelungstheorie aus, das heißt, »daß das Denken, das Bewußtsein die Wiederspiegelung der Außenwelt ist« (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, 1981, S. 12). Ein so verstandenes Bewusstsein ließ die Ansätze und Arbeiten aus dem Kreis der Politischen Psychologie aus der Bundesrepublik Deutschland wohl wie in einem Zerrspiegel erscheinen, wenn es um Aspekte der internationalen Beziehungen (Danckwortt, 1966), der Angst im politischen Kontext (Wiesbrock, 1967) oder politische Beeinflussung ging (Hartmann, 1969), denn es stellten diese Publikationen Wirkmechanismen und unlautere Möglichkeiten politischer Macht dar.

Die Rezeption der Politischen Psychologie, wie sie sich in der Bundesrepublik Deutschland vollzog, fand – jedenfalls auf Basis der im Forschungsprojekt recherchierten Quellen – wenig bis gar nicht über Fachkreise der Psychologinnen und Psychologen in der DDR, sondern vielmehr über Instanzen des MfS statt. Das MfS sah in der Politischen Psychologie eine Manifestation der »Politisch-ideologischen Diversion«, wie es aus einer erhaltenen Tonaufzeichnung von Vorträgen MfS-Bediensteter Anfang der 1970er Jahre hervorgeht: Unter dem Titel »Missbrauch psychologischer Erkenntnisse über die Einstellungsbildung in der politisch-ideologischen Diversion gegen die DDR« wurde der damaligen BRD vorgeworfen, sich psychologischen Fachwissens zu bedienen, um die DDR politisch zu unterwandern (SWR 2 Archivradio, 2023, o. P.). Das Tondokument überliefert ausschnittsweise die Inhalte eines Aufsatzes, der auf die Autorenschaft von Ferdinand Jonak (1971), damals Hauptmann des MfS, zurückgeht und als »Lektion« für die Juristische Hochschule (JHS) des MfS eingesetzt wurde.¹⁸ Hierin werden Gliederungspunkte bzw. Schwerpunkte vorangestellt:

¹⁸ Ferdinand Jonak war in verschiedenen Dienstgraden tätig, zuletzt in der Funktion als Professor an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit in Potsdam-Eiche/Golm (vgl. Richter, 2001; SWR 2 Archivradio, 2023, o. P.).

»Erstens: Wirkungen politisch-ideologischer Diversion werden psychologisch auf die Motive, das heißt Einstellungen ihrer Träger in der DDR zurückgeführt. Sie sind jedoch stets verbunden mit ideellen Inhalten der kapitalistischen Klassengesellschaft und entsprechen in vielem den Einstellungen der Anstifter und Manipulatoren im imperialistischen Herrschaftssystem. Die Einstellungen von Trägern der politisch-ideologischen Diversion sind den Einstellungen manipulierter Menschen in der BRD ähnlich. Zweitens: Eine psychologische Analyse der gezielten Einflussnahme auf DDR-Bürger durch die PiD wurde nur in wenigen, vergleichbaren Einzelfällen vorgenommen. Deshalb ist es schwierig, Verallgemeinerungen vorzunehmen, die das Wirken psychischer Gesetzmäßigkeiten und ihrer Ausnutzung durch den Feind in der PiD betreffen. Drittens: Die vom Feind betriebene, systematische psychologische Einwirkung in der PiD hat eine unüberwindliche objektive Grenze. In ihrer Klassenbeschränktheit wenden die Feinde neben den wahren wissenschaftlichen Aussagen der bürgerlichen Psychologie auch jegliche falsche Theorien und Methoden an, sie fallen damit jedoch den Irrtümern, Spekulationen und inneren Widersprüchen der bürgerlichen Psychologie und auch bürgerlichen Pädagogik zum Opfer.«

Im weiteren Verlauf der Tonaufzeichnungen wird erläutert, dass es sich hierbei um eine »Konzeption des Antikommunismus« handeln würde und diese als »Lieferant des Antikommunismus für psychologische und pädagogische Erkenntnisse und Methoden« fungiere, um »den Hass gegen den Kommunismus zu erzeugen und zu steigern, den Krieg gegen den gesellschaftlichen Fortschritt psychologisch vorzubereiten, zu führen und durch Vortäuschung einer Gegnerschaft zum Totalitarismus wiederum faschistische Methoden und Ideen der Menschen- und Völkerverachtung einsetzen zu können.«

Die Politische Psychologie wurde im Tondokument als eine von zwei Gruppen erfasst, die der politischen Erziehung gegenübergestellt ist. Die politische Erziehung wurde als spekulativ angesehen, hingegen »rangieren die Aussagen, Theorien und Methoden der Politischen Psychologie in ihrer Gefährlichkeit sehr weit vorn«. Die Politische Psychologie wurde als »bedenkenlos« aus verschiedenen Teilbereichen der Psychologie und benachbarter Professionen und Disziplinen (wie z. B. Psychiatrie Physiologie, Neurologie) aufgefasst und als missbräuchlich zu den Ergebnissen der marxistischen Psychologie eingeschätzt. Zentral wird sie

hinsichtlich ihres Verführungs- und Manipulationscharakters vorgestellt: Die »Theorie der Manipulation« wurde als eine der wichtigsten Theorien der Politischen Psychologie vorgestellt und sollte hierbei nach Meinung des Autors Jonak zum Beispiel durch Verwendung werbepsychologischer Kenntnisse und anderes als »psychologische Grundlage gezielter feindlicher Aktionen« gegen die DDR eingesetzt dienen. Hierbei käme die Manipulation als »zielgerichtetes Einwirken auf die gesellschaftliche Psyche, auf das Bewusstsein und die Instinkte« zustande und würde – in der BRD – eine »geistige Gleichschaltung« voraussetzen, um politisch-ideologische Diversion in der DDR durchführen zu können. Daneben wurden Behaviorismus und Neobehaviorismus als sehr eng mit der Manipulation verbunden betrachtet, auch die psychoanalytischen Theorien wurden genannt¹⁹ – »die emotionale Seite der Beeinflussung« sei besonders bedeutsam.

Den Politischen Psychologen ginge es inhaltlich vor allem um die »Einstellung der Persönlichkeit«, hierzu wird die Publikation des Psychologen Roth erwähnt (ca. Minute 20:27)²⁰ in Verbindung mit Annahmen über »Bedürfnisse der feindlichen Zentren«. Einstellungsforschung sei aber auch über den »Informationsausstausch« möglich, über den negative Erfahrungen und Vorstellungen über die DDR transportiert werden würden. Besonders müsse deshalb die Bekämpfung der PiD unter Jugendlichen in der DDR vorangetrieben werden. »Affektbeteiligung« und »Bedürfnisreduktion« würden hierbei instrumentell bei der Einstellungsbildung einsetzbar und das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung müsse hierbei besondere Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang wird ein (politischer) Psychologe namens Bensch zitiert:

»Die Aussicht, viele Menschen durch eine zwingende Beweisführung ansprechen, ist gering. [...] Dagegen sind sie geistig geblendet durch ihre emotionale Ansprechbarkeit, durch die Angleichungen an die Gruppenmeinungen, den Rückgriff auf vorgefasste Meinungen, ihre Suggestibilität

¹⁹ In diesem Zusammenhang wird auch eine Typologie von (BRD-)Bürger*innen aus Sicht der Politischen Psychologie genannt: Anhänger, Ablehner, Indifferente, Nicht-Informierte. Im Tondokument wird auf psychoanalytische Konnotationen ohne Quellenangabe zurückgegriffen, um plakativ unbewusste Prozesse zu erläutern.

²⁰ Es handelte sich hierbei vermutlich um die Publikation von Erwin Roth aus dem Jahr 1967 mit dem Titel *Einstellung als Determination individuellen Verhaltens: Die Analyse eines Begriffs und seiner Bedeutung für die Persönlichkeitspsychologie* (Göttingen: Hogrefe).

gegenüber Effekten, ihre Gläubigkeit an Autorität, ihr Parteiergreifen nach Verhaltensmustern usw.«²¹

Im weiteren Text wird der Begriff des Tricks dargestellt: Bestimmte Stimuli würden als »psychologische Tricks« eingesetzt, um politische Manipulation durchzuführen, das heißt, gewünschtes Handeln und Gefühle auszulösen. Hierbei wird zurückgegriffen auf eine Quelle des sowjetischen Politologen Georgi Arkatjewitsch Arbatow (1923–2010)²²: Arbatow war über die gesamte Zeit des Kalten Krieges enger politischer Berater mehrerer sowjetischer Staatspräsidenten und hatte eine hohe wissenschaftliche Anerkennung. Er galt als »top America-watcher« (Washington Post, 2010). In seinen Untersuchungen standen die außenpolitischen Aktivitäten der Westmächte im Fokus und außenpolitische Propaganda war gleichbedeutend mit »psychologischer Krieg« (Arbatow, 1972, S. 15). Sie wurde aus Sicht Arbatows seit den 1950er Jahren mit Blick auf die »Psychologie der Massen« durch die USA betrieben (Strausz-Hupé, 1952, S. 125, zit. in Arbatow, 1972, S. 16) als Teil des »ideologische[n] Kampf[es] in den internationalen Beziehungen [...] nach dem Ende des Zweiten Weltkrieg[s]« (Arbatow, 1972, S. 25). Aus sowjetischer Sicht korrespondierten die Inhalte mit der Erkenntnis Lenins, wonach »der Sieg in letzter Instanz vom Kampfgeist der Massen ab[hängt]« (Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK bei der KPdSU, 1970, S. 125, zit. in Arbatow, 1972, S. 106). Der »ideologische Kampf« fand zwischen »zwei qualitativ unterschiedliche[n] Systeme[n]« statt (Arbatow, 1972, S. 51f.) und sollte »zum Sieg des fortschrittlichen sozialistischen Systems und zur Umgestaltung der gesamten internationalen Beziehungen in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Lebens und der Entwicklung der neuen Gesellschaft« führen (Arbatow, 1972, S. 55). Die Wurzeln eines solchen Kampfes wurden retrospektiv bereits in der Zeit des Ersten Weltkrieges verortet, in der starke Kriegspropaganda als Durchhaltestrategie an den Kriegsfronten über Vorträge von Philosophie- und Psychologieprofessoren angeboten wurde (Guski-Leinwand, 2017), die »die Seele des Menschen attackiert« hätten (Martin, 1958, S. 6, zit. in Arbatow, 1972, S. 36). In der Zeit des Zweiten

21 Vermutlich ist dies jedoch ein Lesefehler und es wurde sich inhaltlich auf eine Publikation von Hellmuth Benesch bezogen, nämlich *Wissenschaft der Menschenbehandlung* (Heidelberg: Quelle & Meyer).

22 Arbatow Zitat aus: Beiträge Staat und Recht, Heft 40, S. 30–32 (ca. Minute 18).

ten Weltkrieges wiederum erfuhren solche Konzepte Institutionalisierungen wie zum Beispiel im »Komitee für psychologische Kriegsführung« in Großbritannien und ähnlichen Einrichtungen in anderen westlichen Ländern (Arbatow, 1972, S. 38).